

Aufsätze

I. I.

Gratwanderung zwischen Mythos und Geschichte.

Zum 50. Todestag Etkar Andrès.

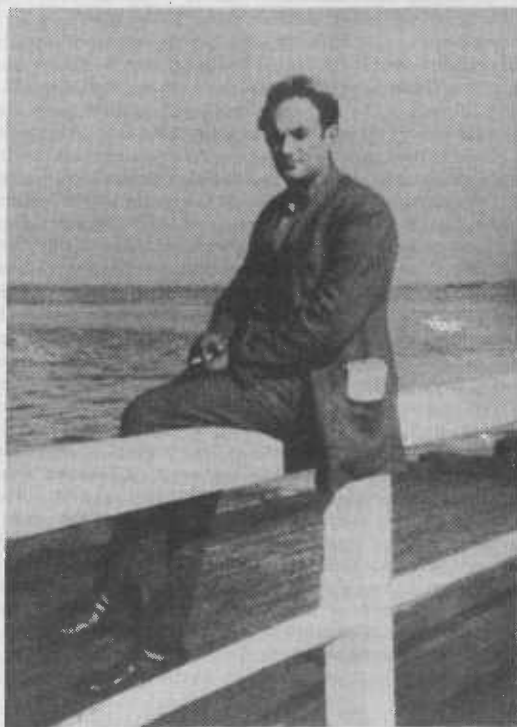
"... daß ich bis zu ende der Alte bleibe, weißt du, nur eins will ich noch tun; dich danken für die 10 schöne Jahre, ja auch die Jahre, die ich hier verbracht habe. Stets hast du mir ein Heldin gleich, treu, tapfer + mutig zu seiten gestanden und dir habe ich es am meisten zu verdanken, daß ich bis zu letzte Sekunde gerade + tapfer bleibe. ...Bis zu ende bleibe ich ein ehrliche Kerl, habe mich bis zuletzt verteidigt und kehre ins Nichts zurück ohne irgendwelche Gewissensbisse. ...Mein letzte Gedanke sind bei dir. Warum noch viel darüber schreiben, du weißt, daß nur eins noch über dir stand, von Menschen aber bist du mir das Höchste gewesen. ..."

Etkar Andrè, der diesen Brief am 4. November 1936 an seine Lebensgefährtin Martha Berg in der Pariser Emigration schreibt, wird drei Stunden später tot sein. Er weiß das - und er weiß auch, daß sein Abschiedsbrief viele Leser haben wird, daß seine Mörder ebenso auf ein letztes Bekenntnis warten wie seine (Partei-)Freunde. Denn Andrè, der am 4. November 1936 um sechs Uhr morgens im Hamburger Untersuchungsgefängnis Holstenglacis 3/5 mit dem Handbeil hingerichtet wird, ist bereits zu Lebzeiten Legende.

Mehr als 3 1/2 Jahre sind seit seiner Verhaftung am 5. März 1933 vergangen; Jahre, in denen - mit Hilfe des Propagandaapparats der Kommintern - aus dem populären Cautführer des (illegalen) Roten Frontkämpferbundes (RFB) Wasserkante ein Symbol des ungebrochenen kommunistischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus geworden ist. Demonstranten in Paris, Prag, Kopenhagen, Amsterdam und Stockholm haben seine Freilassung gefordert. Vergeblich, denn auch für die Nazis ist Andrè weit mehr als einer der zahllosen kommunistischen Funktionäre, die in deutschen Zuchthäusern und Lagern dahinvegetieren oder bereits ermordet wurden.

Für sie ist Andrè die Inkarnation des ausländischen, jüdischen Bolschweisten, der für alle Zusammenstöße zwischen SA-Formationen und KPD in den Jahren 1930-33 in Hamburg "verantwortlich" gemacht wird. Nach mehr als dreijähriger Vorbereitung, während der Andrè mehrmals so schwer gefoltert wird, daß er sich nur noch an Krücken vorwärtsbewegen bzw. nur noch in einem Wasserbett liegen kann, eröffnet der Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg am 4. Mai 1936 den Prozeß gegen ihn. Es ist ein politischer Schauprozeß, in dem Andrè neben Hochverrat, Landfriedensbruch und Aufruhr auch gemeinschaftlicher, vollendeter und versuchter Mord an verschiedenen SA-Männern und Polizeibeamten vorgeworfen wird. Bereits bei Prozeßbeginn muß Andrè die

Hoffnungslosigkeit seiner Lage klar sein. Anders als die Angeklagten im Reichstagsbrandprozeß kann er nicht mit einer Freilassung oder Abschiebung rechnen. So geht es ihm während des Prozesses - neben der eigenen Verteidigung - vor allem um die Anklage des NS-Regimes. Einmal zum Symbol der Auseinandersetzung Kommunismus versus Faschismus gemacht, nimmt er die Rolle des ungebrochenen Märtyrers für die Sache des Kommunismus an und verkörpert sie so überzeugend, daß er, als am 10. Juli das Todesurteil gegen ihn verkündet wird, nicht nur seinen Genossen als der eigentliche, moralisch legitimierte Ankläger seiner lediglich durch staatlichen Machtmißbrauch über ihn urteilenden Richter erscheint. Etkar André steht am Tag seiner Hinrichtung für den moralisch unbesiegten, unbesiegbaren Widerstand gegen nationalsozialistischen Staatsterror. Grund genug, während des fast gleichzeitig beginnenden Spanischen Bürgerkriegs im nun tatsächlich einsetzenden bewaffneten Kampf zwischen (auch deutschen) Kommunisten und Faschisten ein Bataillon der Interbrigaden nach ihm zu benennen. Aber auch Grund genug, bei dieser Würdigung individueller Standhaftigkeit vor einer barbarischen NS-Justiz stehenzubleiben und damit den Mythos des kommunistischen "Widerstandskämpfers" André fortzuschreiben? Kaum, denn alles bis hierher Geschriebene entspricht zwar dem



Genre "Gedenkartikel" wie auch den überprüfbaren Fakten, ist aber dennoch eher eine Umschreibung von Geschichte, unter Zuhilfenahme eines - vermeintlich - geeigneten Individuums als eine tatsächliche Annäherung an André.

Vielleicht mit Ausnahme Ernst Thälmanns gibt es unter den Funktionären der KPD in der Weimarer Zeit kaum einen, dessen Person hinter den ihn umgebenden Mythos so zurücktritt wie André.

Wie kaum ein anderer bietet er Genossen und Gegnern Projektionsflächen für ihre Wünsche und Ängste, auf denen Verehrung und Haß besonders üppig wuchern. Dabei zählt er innerhalb des straff zentralistischen Parteiapparates der KPD zu keiner Zeit zur Führung. Im Gegensatz zu anderen Hamburgern wie Thälmann, John Scheer oder Hermann Schubert gehört er weder dem Zentralkomitee noch dem Politbüro an, nimmt weder an programmatischen Auseinandersetzungen noch an innerparteilichen Flügelkämpfen maßgeblich teil. Seine Popularität übersteigt bei weitem seine tatsächliche Bedeutung innerhalb der Partei. Paradoxerweise stehen die vergleichsweise untergeordneten Funktionen im Parteiapparat (neben der Tätigkeit als RFB-Gauführer seit 1926 ist André von 1927-33 Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft und seit 1930 Stadtverordneter in Cuxhaven; nach 1929 leitet er im Gau Wasserkante den illegalen RFB und ist für den Internationalen Seemannsclub und in der Erwerbslosenbewegung tätig) und die große Popularität innerhalb der Partei in engem Zusammenhang: André repräsentiert auch als Funktionär für die Parteimitglieder primär den "Kameraden". Als "Mann der Straße" ist er mehr mitten unter als über ihnen. Durch seine Kindheit und Jugend im Brüsseler Waisenhaus der deutschen Sprache nur bedingt mächtig, ist er an innerparteilicher Theoriebildung weniger interessiert als an ihrer praktischen Umsetzung. Dabei gilt er als umsichtig, kühn und entschlossen. Eine am stalinistischen Personenkult geschulte Darstellung in der "Hamburger Volkszeitung" von 1947 nennt weitere Charakteristika: "Die Zuneigung, die man ihm entgegenbrachte, entsprang seinem Frohsinn, seiner Kameradschaftlichkeit und Hilfsbereitschaft, ein wahrer Freund aller Bedrückten, von dem man sich Rat holte, zu dem man gern ging und auch immer empfangen wurde." Ausgestattet mit jenem volkstümlichen Charisma, das auch Thälmann auszeichnete, bevor er mit der Parteileitung überfordert wird, verkörpert André einen jugendlich zupackenden Funktionärstypus, wie man ihn - mit unterschiedlichem Lokalkolorit - in den späten zwanziger Jahren mit der voranschreitenden Stalinisierung der KPD immer häufiger trifft: den tatkräftigen Aktivisten im Dienst der jeweils gültigen Parteilinie, der Diskussionen über die einmal eingeschlagene Strategie - unter Hinweis auf die unbezweifelbare Kompetenz der Parteiführung - vermeidet und sich stattdessen ihrer Umsetzung widmet.

Hineingewachsen in eine Partei, die Ende 1923 ihre "Kampfzeit" eigentlich hinter sich hat, propagandistisch aber am revolutionären Anspruch der Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie festhält, macht der kurz zuvor nach Hamburg gekommene 26-jährige Hafenarbeiter schnell Karriere. Als Aktivist und Organisator der Erwerbslosenbewegung an den Stempelstellen hervorgeraten, ergibt sich seine Mitarbeit beim Ende 1924 auch im Bezirk Wasserkante im Aufbau befindlichen Roten Frontkämpferbund wie selbstverständlich. In dem als revolutionärer Gegenpol zu den bereits bestehenden militaristischen Verbänden der politischen Rechten (Stahlhelm) und dem sozialdemokratischen "Reichsbanner" gegründeten Verband werden seine Fähigkeiten - bedingt durch die hier vorherrschenden Strukturen und Werte - voll entfaltet.



Seinem Anspruch nach "antimilitaristisch" bezieht der RFB einen Großteil seiner Faszinationskraft für meist junge Arbeiter und Arbeitslose aus seiner eigenen revolutionär-proletarischen Militanz: militärisches Auftreten, Zusammengehörigkeitsgefühl, Ordnung, Disziplin, Schamienzüge, Gesang revolutionärer Kampf- und Marschlieder und nicht zuletzt "körperliche Wehrhaftmachung", die ein ganzes Programm von sportlicher Betätigung über Gelände- und Gefechtsübungen bis hin zur simulierten Besetzung von Ortschaften bzw. Straßen- und Häuserkampf beinhaltet, suggerieren eine Kampfbereitschaft, die den revolutionären Anspruch der KPD glaubhaft erscheinen läßt. Zugleich entpuppt sich der Anspruch des RFB, Aufklärung über den Militarismus der rechten Verbände zu leisten, de facto als Etablierung eines eigenen, "roten Militarismus": Eine Gemeinnützige Bekleidungs- und Ausrüstungs GmbH (Gebagos) stellt zum Preis von 41,85 Mark vollständige RFB-Uniformen her. Die Uniformierung, die zunächst nur aus einer roten Armbinde bestanden hatte, versinnbildlicht - ergänzt durch Tornister, Militärprotbeutel und -feldflasche - den Weg der KPD zur "Militarisierung der Politik": Befehl und Gehorsam, die Einführung militärischer Strukturen innerhalb des RFB verleihen dem Begriff des "Parteisoldaten" eine bis dahin unbekannte Bedeutung. Und diesen "Parteisoldaten" verkörpert André. Die RFB-Uniform ist wie für ihn entworfen. Wenn er bei Aufmärschen oder Demonstrationen in der ersten Reihe marschiert, scheint die Revolution auf dem Marsch. Er ist der volksnahe Funktionär, der an Korruptions- und Unterschlagungsskandalen wie der "Wittorf-Affäre", die 1928 Thülmann und die gesamte Leitung des Bezirks Wasserkante diskreditiert und zu deren zeitweiliger Absetzung führt, ebensowenig beteiligt wie an den - für einfache Parteimitglieder - undurchschaubaren innerparteilichen Fraktionskämpfen um die Parteileitung. Er ist - über alle parteitaktischen

Intrigen hinaus - als "Revolutionär" glaubwürdig, - so sehr, daß er selbst dieser Identität völlig vertraut, sich in Habitus, Gestik und Rhetorik diesem Leitbild annähert.

Von der Parteileitung - seit Oktober 1925 ist Thälmann neben seiner Funktion als politischer Leiter des RFB auch Parteiführer - wird die martialischeselbstdarstellung der Partei und vor allem des RFB bewußt gefördert. Besonders in der Phase der ultralinken Generallinie von 1929-33, mit ihrer abstrakt-radikalen Propagierung der "Revolution" und der "Vorbereitung der Machtübernahme" wird die militante Bekämpfung der Weimarer Republik, des Staates, aller anderen Parteien und der Gewerkschaften gefördert, - was der Partei zur Selbstlegitimation dient und dem Wunschbild der revolutionären Partei auf der Woge einer revolutionären Situation zu entsprechen scheint.

Zu diesem Zweck greift die Parteileitung gezielt auf vorhandene kommunistische Mythen zurück: So findet z.B. im März 1928 die 5. Reichskonferenz des RFB in Barmbek in einem Lokal statt, das während des Hamburger Aufstandes im Brennpunkt der Kämpfe gestanden hatte; so verweist André - in einem aus diesem Anlaß geschriebenen Artikel in der "Roten Front" mit dem Titel "Hamburg, die Rote Feste des Proletariats" - auf die revolutionäre Tradition der Hamburger Arbeiterschaft. Obwohl diese rhetorische Kraftmeierei auf die Mobilisierung einer erweiterten Anhängerschaft der KPD zielt und diese zeitweilig auch erreicht, ist sie dennoch ein wesentliches Indiz für das sich ankündigende Scheitern der stärksten kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion. Denn faktisch bewirkt die ultralinke Politik, die von linksradikalen Positionen aus alle politischen Kräfte der Weimarer Republik als "faschistische" bzw. sich "faschisierende" Feinde bekämpft, nicht den Marsch zur Revolution, sondern ins sich selbst isolierende politische Ghetto. Zwar erzielt die KPD in Hamburg bei Wahlen stets Ergebnisse über dem Reichsdurchschnitt, kommt jedoch selbst bei ihrem größten Erfolg am 6. November 1932 nicht über 21,9% hinaus und verfügt, da sie grundsätzliche Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus leugnet und - getreu der Stalinschen Maxime - SPD und NSDAP als Zwillingenbrüder behandelt, wobei der "Hauptfeind" der "Sozialfaschismus" ist, über keine politische Strategie, die ihr eine Perspektive aus der Isolation eröffnet. Dabei ist die politische Praxis der KPD - ungeachtet ihres verbal-radikalen revolutionären Anspruchs - in den Jahren der Weimarer Republik weitgehend durch die Handlungsformen geprägt, die die bürgerliche Demokratie bereitstellt, also durch Wahlkämpfe, Versammlungen, Demonstrationen, Presse- und Organisationsarbeit. Zwar spricht man seit dem Verbot des RFB nach dem "Berliner Blutmai" von 1929 von einem drohenden Parteiverbot, bereitet sich auf konspirative Arbeit vor und baut illegale Apparate auf. Da jedoch die Ausmaße möglicher politischer Repression mit Aussagen wie "Die faschistische Diktatur droht nicht mehr, sondern sie ist bereits da." (Die Rote Fahne, 2.12.1930) verwischt werden und zugleich behauptet wird, die legalisierte faschistische Diktatur werde den "antifaschistischen Massenabwehrwillen" zwangsläufig stärken, trifft die tatsächliche Machtübernahme der Nationalsozialisten die KPD viel härter, als dies ihre ständigen Warnungen vor dem faschistischen Terror (womit sie freilich nicht immer die NSDAP meint) eigentlich hätten erwarten lassen. Ihre Losung des politischen Massenstreiks und des Generalstreiks bleibt nach dem 30. Januar 1933 nahezu unbeachtet: Der Arbeitslosenanteil innerhalb der Partei liegt bei ca. 85%, d.h., sie ist mittlerweile mehr Arbeitslosen- als Arbeiterpartei. Eine Einheitsfrontpolitik mit der SPD scheidert

- außer an der immobilen sozialdemokratischen Position des " Sich Abwirtschaftenlassens" der Nazis - an der Unglaubwürdigkeit eines solchen Angebots durch die KPD, die in ihrer Presse noch wenige Tage zuvor die SPD als "Hauptfeind" bezeichnet. So schwankt die Haltung der KPD in den Wochen nach dem 30. Januar zwischen Protest und Abwarten. Die aus Unsicherheit und Handlungsschwäche resultierende politische Lähmung der propagandistisch so kampfbereiten Partei wird durch die Taktik der Regierung Hitler, sich zunächst vornehmlich formal rechtsstaatlicher Verbote und Polizeimaßnahmen zu bedienen, noch verstärkt. Zwar sind die politischen Handlungsmöglichkeiten der KPD in der Zeit vom 30. Januar bis zum Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 erheblich eingeschränkt und immer wieder durch polizeiliche Einzelaktionen behindert, aber die in den letzten Jahren der Weimarer Republik schon vertrauten Repressionsformen gegen Presse, Veranstaltungen und einzelne Funktionäre lassen für die Parteiführung den Schluß zu, ihnen mit den traditionellen Mitteln der Tarnung begegnen zu können. Infolgedessen trifft der jähe Wechsel von Art und Ausmaß der Verfolgung in der Nacht nach dem Reichstagsbrand die Partei - trotz aller vermeintlicher Kampfbereitschaft - nahezu unvorbereitet. Die ungezügelter Terroraktionen der NS-Formationen, rechtlich ohne Legitimation und von Polizei und Justiz unkontrolliert, überrumpeln - ohne auf Widerstand zu stoßen - eine Partei, die über Jahre hinweg den bewaffneten Kampf und die Revolution zur Tagesaufgabe erklärt hatte. Parteileitung (darunter am 3. März Ernst Thälmann) und Funktionäre fallen den Nazis in die Hände, müssen sich verbergen oder flüchten über die Grenzen. Die vermeintliche Kampfbereitschaft der KPD hat sich als verbalradikale Scheinmobilisierung erwiesen. In dieser Situation des katastrophalen Zusammenbruchs des deutschen Kommunismus wird am 5. März - dem Tag, an dem die KPD bei den Reichstagswahlen in Hamburg 17,6% (im Reich: 12,3%) erringt - auch Etkar André verhaftet; angeblich auf der Rückfahrt von Cuxhaven, wo er den kommunistischen Wahlkampf aus der Halblegalität organisiert hatte. Die nun folgenden Ereignisse in Hamburg verdeutlichen die veränderten Machtverhältnisse ebenso wie die Unfähigkeit der Funktionäre von KPD (und SPD), das tatsächliche Ausmaß der mit der Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur vollzogenen gesellschaftlichen Veränderung zu begreifen. Zunächst geben die sechs am 3. März zurückgetretenen sozialdemokratischen Mitglieder des Hamburger Senats gegenüber dem neuen (nationalsozialistisch dominierten) Senat eine "Stellungnahme" zu den politischen Vorgängen in Hamburg ab, offenbar in der irrigen Hoffnung, die Nazis mit ihrer erwiesenen Staatstreue beeindrucken zu können. Da sich diese Stellungnahme explizit mit dem inzwischen in "Schutzhaft" genommenen André befaßt, hier ein Auszug:

"... Es darf bei dieser Gelegenheit gesagt werden, daß wohl in keinem Ort Deutschlands zwischen den Kommunisten einerseits und der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften andererseits ein so großer, scharfer Trennungsstrich gezogen und stets bis auf diesen Tag gehalten worden ist wie in Hamburg. ... Die auf Veranlassung des Polizeiherrn schon vor Bekanntwerden des Senatserlasses angesetzten Maßnahmen brachten rund 75 bis 100 kommunistische Funktionäre in Haft. Wenn hinterdrein darauf hingewiesen ist, daß der als Drahtzieher verdächtige Funktionär André ja nicht festgenommen sei, so erklärt sich das nicht etwa aus einem lässigen Vorgehen der Polizeiorgane gegen diesen André, sondern daraus, daß André sich stets, wenn die Sache brenzlich wird, sehr rechtzeitig außerhalb Hamburgs in Sicherheit zu bringen versteht. Er ist später ja dann auch in Preußen verhaftet. ..."

Diesem an Peinlichkeit kaum zu überbietenden Dokument sozialdemokratischer Anbiederung, das sich bei den neuen Machthabern dafür entschuldigt, daß die Festnahme André nicht noch unter sozialdemokratischer Leitung durchgeführt werden konnte, folgt am 8. März - anläßlich der Neuwahl des Hamburger Senats - ein Beispiel kommunistischen Realitätsverlustes. Die 26 kommunistischen Abgeordneten der - zusammen mit dem Reichstag - neugewählten Hamburger Bürgerschaft bleiben, da ihnen, soweit sie nicht bereits verhaftet sind, die sofortige Festnahme droht, der Veranstaltung fern. Sie lassen stattdessen dem Bürgerschaftspräsidenten eine Erklärung zukommen, in der sich die folgende Einschätzung der politischen Situation findet: "... Die Periode der offenen unverhüllten faschistischen Diktatur trifft unsere Partei nicht unvorbereitet. Die 4,8 Millionen antifaschistische Kämpfer, die sich am 5. März erneut zu unserer Fahne bekannt haben und die durch die faschistische Diktatur verfeimt, entrechtet und als Verbrecher beschimpft werden, lassen sich aus der politischen Entwicklung in Deutschland nicht ausschalten. Gegen die Funktionäre und Abgeordneten der KPD ist Haftbefehl ausgesprochen. Wir haben keine Veranlassung, unsere Abgeordneten freiwillig der faschistischen Diktatur auszuliefern und nehmen darum an der heutigen Sitzung nicht teil. Wir sind bei den Arbeitern, nicht wie behauptet wird, über die Grenze entflohen, sondern immer dort, wo die Entscheidungen fallen; nicht im Parlament, sondern auf der Straße und in den Betrieben."

Neben der erwähnten Kluft zwischen verbalem Kraftakt und tatsächlichem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis enthält die Erklärung bereits die unmittelbar nach der politischen Katastrophe des deutschen Kommunismus einsetzende Mythologisierung des kommunistischen Widerstandes: Die geschlagene KPD behauptet selbst im Augenblick ihrer Niederlage ihre Kampfbereitschaft. Realität ist jedoch: Weder im Parlament noch auf der Straße oder in den Betrieben ist nach der Übergabe der Staatsmacht an die Nationalsozialisten an erfolgversprechenden Widerstand zu denken. Kommunistische Abgeordnete, die "bei den Arbeitern" wären, brächten diese in unmittelbare Gefahr. Das vermeintlich taktische Fernbleiben der Kommunisten ist in dieser Situation pure Selbsterhaltung. Ein wirklicher kommunistischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus muß erst aufgebaut werden und wird aus der - in den folgenden zwölf Jahren mit zahllosen Opfern erkaufte - Position eines ohnmächtigen "trotzdem" bis zur Zerschlagung des Faschismus von außen nie herauskommen.

Hier schließt sich der Kreis zum kommunistischen "Widerstandskämpfer" Etkar André. Nach der politischen Katastrophe des deutschen Kommunismus entfaltet der Komintern-Apparat eine propagandistische Offensive in den nichtfaschistischen europäischen Ländern: An die Stelle der siegessicheren revolutionären Massenpartei tritt in der Propaganda die geschundene, aber ungebrochene Persönlichkeit des Widerstandskämpfers, der unter Einsatz des Lebens seinen politischen Idealen treu bleibt und mit dieser Haltung die moralische Überlegenheit des Kommunismus gegenüber den gestützt auf Folter und Terror herrschenden Faschisten beweist. Einer dieser Kämpfer wird in den dreieinhalb Jahren seines Leidensweges im Hamburger Stadthaus und Untersuchungsgefängnis auch Etkar André. An ihm, den die Nazis wegen seines - fälschlicherweise - behaupteten Judentums, seiner ausländischen Herkunft und seiner Militanz bereits am 15. März 1931 hatten ermorden wollen (und irrümllicherweise den Bürgerschaftsabgeordneten Ernst Hennig erschossen), tobt sich jetzt die Rachsucht der Sieger am besiegen politischen Gegner aus. André erfüllt auch diesen letzten Auftrag seiner Partei. Bis zuletzt

äußerlich ungebrochen ermöglicht er durch seine Haltung während der Haft und sein furchtloses Auftreten im Prozeß der internationalen Presse die Entlarvung des NS-Regimes. Umgekehrt schützt ihn wahrscheinlich gerade das Bewußtsein, mit seiner Person für die "gerechte Sache" zu stehen, vor dem Zusammenbruch.



Vielzitiert ist sein Schlußwort im Prozeß. Selbstbewußt stellt er die moralische Kompetenz der NS-Richter, ihm die Ehre abzuerkennen, in Frage: "Ihre Ehre ist nicht meine Ehre. Denn uns trennen Weltanschauungen, uns trennen Klassen, uns trennt eine tiefe Kluft. Sollten Sie hier das Unmögliche möglich machen und einen unschuldigen Kämpfer zum Richtblock bringen, so bin ich bereit, diesen schweren Gang zu gehen. Ich will keine Gnade! Als Kämpfer habe ich gelebt und als Kämpfer werde ich sterben mit den letzten Worten: "Es lebe der Kommunismus!"

Die Erfahrung, daß ein nicht geringer Teil seiner Genossen, die das vermeintliche Glück hatten, rechtzeitig vor den Nazis in die Sowjetunion zu entkommen, dort wenige Monate nach seiner Hinrichtung im Namen des von ihm hochgehaltenen Ideals liquidiert wird (darunter der 2. Bundesvorsitzende des RFB, Willy Leow und der Vertraute Thälmanns, Hermann Schubert), bleibt André erspart. Möglicherweise wäre er d a r a n zerbrochen.

24.10.1986

Joachim Szodrzynski